

## Anfrage

Stadträtin Bettina Lisbach (GRÜNE)  
Stadtrat Andreas Ruthardt (GRÜNE)

vom: 23.02.2006  
eingegangen: 23.02.2006

23. Sitzung des Gemeinderates am 09.05.2006

TOP 30

Vorlage Nr. 677

Öffentlich  Nichtöffentlich

verantwortlich: Dez. 3

## Ethnische Ökonomie

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes:

### Zu Punkt 1

Der Verwaltung liegen keine Zahlen über Betriebe in Karlsruhe vor, die von Menschen mit Migrationshintergrund geführt werden, da eine entsprechend differenzierte statistische Erfassung hierüber nicht erfolgt. Dies trifft unserem Kenntnisstand zufolge im Übrigen auch auf die Kammern und berufsständischen Organisationen zu.

### Zu Punkt 2

Die Hauptbetätigungsfelder können vermutlich im Bereich der Gastronomie, der Dienstleistungen sowie auch der ethnischen Lebensmittelläden gesehen werden.

### Zu Punkt 3

Eine im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft von der Universität Mannheim, Institut für Mittelstandsforschung, erstellte Studie aus dem Jahr 2005 für das Bundesgebiet geht davon aus, dass die in 2003 festgestellte Zahl von ca. 286.000 ausländischen Betrieben 2,7 -3,9% aller Beschäftigten in Deutschland einen Arbeitsplatz bietet. Die Ausbildungsbereitschaft dieser Betriebe unter Einbeziehung eingebürgerter Selbstständiger ist gemäss dieser Studie durchaus vergleichbar mit der deutscher Betriebe (durchschnittlich 2, 4 Auszubildende).

Welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung der ethnischen Ökonomie zukommt, lässt sich aus Angaben der Stiftung Zentrum für Türkeistudien, Institut an der Universität Duisburg-Essen, herleiten. Danach erreichten allein türkischstämmige UnternehmerInnen im Jahr 2000 ein Umsatzvolumen von ca. 25 € Mrd. Für das Jahr 2010 ist ein Umsatz von knapp € 100 Mrd. prognostiziert.

In wie weit sich diese Erkenntnisse auf Städte und Gemeinden übertragen lassen, kann aufgrund unterschiedlich gewachsener wirtschaftlicher und ethnischer Strukturen von hier aus nicht beurteilt werden.

### Zu Punkt 4

Kleine Einzelhandelsgeschäfte, die meistens als Familienbetriebe geführt werden, tragen gerade in Bereichen, bei denen die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund besonders hoch ist, zur Belebung und Attraktivität bei, wie beispielsweise in Karlsruhe in der Südstadt.

Änderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

### Zu Punkt 5 und 6

Die Verwaltung ist bemüht Massnahmen zu konzipieren, um interessierte Existenzgründer mit Migrationshintergrund gezielter anzusprechen. Dieses Konzept soll dann zu gegebener Zeit in den Ausländerbeirat zur Beratung eingebracht werden.

### Zu Punkt 7

Betriebe mit Migrationshintergrund als Bestandteil der lokalen Ökonomie der betreffenden Stadtteile wurden bzw. werden grundsätzlich in den Gesamtprozess der Stadtteilentwicklung mit einbezogen. Sie können wie alle weiteren Beteiligten vor Ort einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensverhältnisse in den zu entwickelnden Stadtteilen beitragen.

### Zu Punkt 8

Unter Einbeziehung des Vorgängerprojektes, das sich damals gezielt an türkische Jugendliche und türkische Betriebe richtete, wurden im Rahmen des Projektes bislang insgesamt 113 Jugendliche in begleitete Ausbildungsverhältnisse des dualen Systems vermittelt. 45 dieser Jugendlichen haben bislang die Ausbildung erfolgreich abgeschlossen und konnten zu rd. 90% vom Ausbildungsbetrieb übernommen bzw. erfolgreich weiter vermittelt werden. 58 Jugendliche befinden sich aktuell in einer innerhalb von AIKA (Ausbildung International Karlsruhe) begleiteten Ausbildung.

Das Betriebsnetzwerk von AIKA besteht derzeit aus 52 Betrieben, wobei die Betriebsinhaber mit türkischer Staatsangehörigkeit den Hauptanteil stellen (34 Betriebe).

### Einbindung in städtische Integrationspolitik

Die zunehmend wahrnehmbare Bedeutung der ethnischen Ökonomie im sozialen wie auch wirtschaftlichen Bereich wird im Rahmen der Entwicklung eines gesamtstädtischen Integrationskonzepts, in das das Büro für Integration massgeblich mit eingebunden ist, ihren entsprechenden Niederschlag finden. Dieses Integrationskonzept wird zu gegebener Zeit dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt